



DER BREMER ANTIFASCHIST

0,50 €

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

Dezember/Januar 12_01/2013_14

“Weiter so”?

Nachbetrachtungen zur Bundestagswahl, zu Sondierungsgesprächen und Regierungsbildung

Jubel bei CDU/CSU am Abend des 22. September. An Stimmen zugelegt. Mit Abstand stärkste Fraktion im Bundestag. Was wollten die Kanzlerin und ihre Mitstreiter mehr? Da war nur das Ausscheiden des Partners FDP aus dem Bundestag, was den Jubel trübte. Ohne die FDP reichte es für CDU und CSU nicht zur Mehrheit im Bundestag. Die Union setzte in dieser Situation einfach voraus, dass unter ihrer Führung Sondierungsgespräche und dann Verhandlungen zur Bildung einer Koalitionsregierung zu führen seien.

Dazu etwas aus einem Leserbrief im WK vom 05.10.2013:

“Wo steht eigentlich geschrieben, dass die größte Partei den (die) Regierungschef(in) stellen muss? (...) Die Mehrheit mit den meisten Schnittmengen sollte regieren, und die haben wir ja gewählt. SPD, die Grünen und die Linken haben die Mehrheit der Stimmen bekommen”.

Das ist auch meine Meinung. Eine Rot-Rot-Grüne-Regierung und (!) damit auch eine politische Neuorientierung wären sehr wohl möglich gewesen. Dazu etwas ausführlicher:

Zunächst zu den Mehrheitsverhältnissen: SPD 193, Die Linke 64, Grüne 63. Rot-Rot-Grün" haben zusammen 320 (!), CDU 255 + CSU 56 = 311 Abgeordnete im neuen Bundestag. SPD, Linke und Grüne könnten die Regierung bilden. Peer Steinbrück hätte Bundeskanzler werden können.

Dann zu den so genannten "Schnittmengen". In den Forderungsprogrammen von SPD, Grünen und Linken für die Periode 2014/2017 gibt es - im Gegensatz zu denen von CDU und CSU - eine Fülle von Aussagen, welche die Bildung einer gemeinsamen Regierung geradezu fordern. Ich nenne zum Beispiel: gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn, Erhöhung der Mittel im Bundesetat für Bildung und Gesundheit und zur Entlastung der Länder und Kommunen oder Erhöhung des Spitzensteuersatzes.

Eine Rot-Rot-Grüne Bundesregierung würde gewiss auch den Antrag der 16 Landesinnenminister an das Bundesverfassungsgericht, ein zweites Verbotsverfahren gegen die NPD und ihren Anhang einzuleiten, durch einen eigenen Antrag an das BVerfG stärken. Mit einer Großen Koalition

wird das - angesichts der Haltung von CDU/CSU - nicht geschehen. Auch das spricht für eine Rot-Rot-Grüne Koalition. Doch Siegmund Gabriel und die Führungskräfte der SPD ignorieren das. Mit der Behauptung, "die Linkspartei sei regierungsunfähig", lehnen sie sogar Sondierungsgespräche mit ihr ab. Sie sehen sich lieber als kleiner Koalitionspartner von CDU und CSU, obwohl sie wissen, dass es gegen diesen Kurs ernste Bedenken und Widerstand bei vielen Mitgliedern der Partei gibt.

Abschließend möchte ich sagen: Was da in diesen Wochen seit dem 22. September von den Führungskräften der SPD entschieden wurde und noch entschieden wird, es bringt ihnen ein paar Posten in der zu bildenden Bundesregierung, aber es schwächt die politischen Positionen der SPD und hilft der CDU/CSU und Frau Merkel mit der (bevorstehenden) Großen Koalition ihre Politik des "Weiter so" (im Dienste von Banken und Großindustrie) umzusetzen. Zu Recht gibt es dagegen in der SPD-Mitgliedschaft Bedenken und Widerstand.

Herbert Breidbach

Einladung zur Landesmitgliederkonferenz

Liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Friedensfreunde,

hiermit laden wir Euch zu unserer Landesmitgliederkonferenz **am Samstag, den 25. Januar 2014 um 15:00 Uhr** ins Institutszimmer des Helene-Kaisen-Nachbarschaftshauses Ohlenhof 10 ein (Straßenbahn 2 Haltestelle Lindenhofstraße). Mitglieder bringen bitte ihr Mitgliedsbuch mit. Wer abgeholt werden möchte, sollte bitte unbedingt Bescheid geben.

Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Eröffnung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit, Tagesordnung, Wahl- und Geschäftsordnung, Wahl der Versammlungs- und Wahlleitung
3. Ehrung verstorbener Kameraden
4. Bericht des Landesvorstandes
5. Aktuelle Situation und bevorstehende Aufgaben
6. Aussprache
7. Wahl der Delegierten zum Bundeskongress und des/der Vertreters/in im Bundesausschuss
8. Anträge und Beschlüsse

Im Anschluss wollen wir bei Kaffee, Tee, Kuchen und Keksen gemeinsam mit dem Künstler und Musiker Paul Lindsay das Neue Jahr beginnen.

Der Landesvorstand

Dass niemand sage, er hätte nichts gewusst

Wie oft mussten wir den Satz "Das haben wir nicht gewusst" schon hören? Im Nachkriegsdeutschland will kaum jemand die KZs und Wehrmachtsgräueltaten gekannt haben. Der Oktoberfestmörder war natürlich ein Einzeltäter und Rostock-Lichtenhagen oder Hoyerswerda waren auch keine Zeichen der Fremdenfeindlichkeit.

So gut wie alle Politiker vom "Alten" über "Schmidt Schnauze" bis "Angie" waren sich der Gefahr von Rechts bewusst und haben sie genutzt, gebraucht und doch geleugnet. Andrea Röpke und Andreas Speit (und ihre drei Mit-Autoren Andreas Förster, Julia Jüttner und Anton Maegerle) weisen in ihrem Buch "Blut und Ehre - Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland" auf, dass Uwe Böhnhard, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe keine Einzeltäter waren, sondern durchaus ein großes Unterstützernetzwerk gehabt haben. Der Unterschied zu anderen Büchern zum Thema NSU ("Nationalsozialistischer Untergrund") ist, dass die beiden Autoren nicht Ende der 1990er beginnen, sondern 1945. So entstand Nazi-Deutschland ja auch nicht erst 1933 - der Beginn liegt bereits vor 1914. Einer der "Vorläufer" der NSU war der Technische Dienst (TD) des Bund Deutscher Jugend (BDJ - 1953 verboten). Zusammen mit Gladio - einer paramilitärischen Geheimorganisation von NATO, CIA

und MI6 während des Kalten Krieges - baute der TD Waffenlager in der BRD auf (z.B. in Bremen-Huchting). Eines der Ziele war die Liquidierung "unzuverlässiger" Sozialdemokraten (z.B. Wilhelm Kaisen). Nach dem Verbot wurden alle Informationen über Personen und Aktionen vom CIC (Counter Intelligence Corps [Spionageabwehr]) eingesammelt und verschlossen. Der Adenauer-Regierung war das alles bekannt und sie schwieg selbstredend.

Wie sehr gewaltbereites rechtes Denken in Gesellschaft und Politik verwurzelt ist, zeigt die Tatsache, dass seit 1990 über 180 Menschen durch rechte Gewalttäter getötet wurden, die Bundesregierung jedoch nur gut 60 von ihnen als "Morde von Rechts" anerkennt. Also warum waren so viele Politiker erschüttert von den NSU-Morden? Gehen doch (rein statistisch) zwei Angriffe pro Tag in Deutschland auf das Konto von Neo-Nazis.

So wurde der Anfang der NSU-Mordserie als "Döner-Mord" titulierte. Wie schön verhängnisvoll! Folglich müssten die Täter aus dem Familienumkreis kommen. Wie mögen sich Angehörige fühlen, wenn sie als potentieller Täter bzw. Täterin gelten? Sand in die Augen - gestreut von Polizei und Verfassungsschutz. Alle Indizien, die nach rechts wiesen, wurden negiert. Auch das ist nichts Neues: Dass Gundolf Köhler zur

neonazistischen und paramilitärischen Wehrsportgruppe Hoffmann Verbindungen hatte, war auch bekannt und wurde - richtig - negiert. Unsere Behörden und Politiker sind auf dem rechten Auge blind - vielleicht nicht ganz, denn sonst würde man ja nicht die schützende Hand über die "Rechten" halten. Sie werden ja womöglich noch gebraucht.

Das Buch zeigt aber auch die anderen Begleitumstände auf. Seien es Szene-Treffs (z.B. aus Bremer Sicht: Sportsfreund, Bells, Klaus 38) oder Nazi-Bands und -Label (auf Bremen bezogen wird die Band Endstufe von Jens Brandt erwähnt, weitere sind z.B.: Endlöser [früher Schlachtruf], Kategorie C, Patriotic Bois und bei den Label: Hanse-Records, Heimdall-Shop, sieg-oder-spielabbruch.de). Auch werden Verbindungen ins Rockermilieu beleuchtet.

Das Buch von Andrea Röpke und Andreas Speit "Blut und Ehre - Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland", erschienen im Ch. Links Verlag, Berlin, hat 288 Seiten und kostet 19,90 EUR (ISBN978-3-86153-707-6). Es ist vielleicht eher ein Nachschlagewerk denn ein Lesebuch für den Feierabend. Dafür verfügt es über ein gut geführtes Sach-, Orts- und Personenregister.

Courtney B. Vance

Opfer rechter Gewalt

Über neuere Ansätze zur Unterstützung von Opfern rechter Gewalt und Rassismus sprach an 24. Juni im Schlachthof Dr. Marc Coester vom niedersächsischen Landespräventionsrat. Auf Einladung von Pro aktiv gegen Rechts war er in Bremen, um seine Fragestellungen darzulegen, die er aus amerikanischen Ansätzen Ende der 80er Jahre zum Umgang mit Opfern von Hate Crimes gewonnen hatte, also rassistischer Gewalt gegenüber Minderheiten. Bisher habe man sich zu sehr auf Tätersuche und ihre Verurteilung beschränkt, die Opfer seien in ihrer konkreten Betroffenheit alleine gelassen worden. Seit Entstehen der Bundesrepublik habe es immer wieder rechtsextreme Anschläge und Morde gegeben, Ende der 50er Jahre, Ende der 70er und jüngst die NSU-Morde. Besonders bei Polizei und Justiz sei die Anteilnahme am Schicksal der Opfer nicht sehr hoch gewesen, den Opfern eher eine gewisse Mitschuld unterstellt worden. Angriffe aufgrund gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit richteten sich jedoch vor allem auf Einschüchterung und Verängstigung ganzer Personengruppen, das einzelne Opfer sei meist willkürlich gewählt. Hautfarbe oder sexuelle Orientierung reichten aus, sie zum Opfer werden zu lassen. Eine Veränderung der Gesetzgebung in den USA zwang Polizei und Justiz zum allmählichen Umdenken. Eine vergleichbare Entwicklung werde

über eine europäische Gesetzgebung allmählich auch in der BRD einsetzen müssen. Dem Alltagsrassismus aus der Mitte der Gesellschaft sei nur so zu begegnen. Pro aktiv gegen Rechts, VAJA und Täter-Opfer-Ausgleich haben mit dem Bunten Ring Bremen ein Beratungsangebot für Be-

troffene rechtsextremer und rassistisch motivierter Gewalt entwickelt, das ihnen kostenlos eine unabhängige Beratung, psychosoziale Hilfe und Unterstützung bei juristischen Fragen anbietet.

Richard Keßler

Schwarzbraune Mordbrenner

Er habe sich vor einem Jahr nicht wirklich vorstellen können, wie aktuell der Titel seines Vortrags sein werde, sagte unser Kamerad Dr. Ulrich Schneider zur Eröffnung seines Vortrags am 13. Oktober in der Antifaschistischen Bildungs- und Begegnungsstätte Heideruh. Am Beispiel Griechenlands und Ungarns erläuterte er die neue Qualität modernen faschistischen Auftretens. Sichtbare Zeichen dafür sieht er im kaltblütigen Mord der faschistischen "Goldenen Morgenröte" am 18. September in Piräus. Die Krisenentwicklung im Süden und Osten Europas führt dazu, dass sich in Griechenland Jugendliche militarisieren, das Recht des Stärkeren gegen Zuwanderer durchzusetzen. Inspiriert ist diese moderne Spielart des Faschismus von Ideen eines Benoist, der die ideologische Hegemonie fordert. In Ungarn erleben wir das Zusammenspiel der rechtsextremistischen Fidesz-Regierung unter Victor Orban mit den faschistischen Jobbik-Leuten und ihren Aufmärschen vor Roma-Siedlungen. Denen

wird der Zugang zu Brunnen verwehrt, sie werden von der Stromversorgung abgeschnitten. Die Regierung sorgt dann für die Entrechtung der Minderheit in ihrem generationenalten Wohngebiet. In den Städten wird der Weg zum Markthandel verwehrt. Von Notstandsarbeiten werden sie ausgeschlossen. Vertreibungspolitik gegenüber Roma ist auch in Frankreich oder Deutschland nicht unbekannt. Dramatische Ausmaße erreicht sie in Nordböhmen. In Ungarn, auf dem Balkan und mehr noch in der Ukraine und den baltischen Staaten werden faschistische Führer als "Freiheitshelden" geehrt und erhalten Denkmäler, während Erinnerungen an den antifaschistischen Widerstand geschleift werden. In den Schulen wird ihrer einstigen nationalen Größe gedacht, Blutrecht einer völkischen Abstammung in geltendes Recht umgeformt. Dem Vortrag schloss sich eine ausführliche wie lebhaft Diskussions an.

Richard Keßler

Das Ausmaß des Leids erfassen

16 Stolpersteine verlegte Gunter Demnig am 11. Oktober in Bremen, von der Löningsstraße, durch Schwachhausen bis nach Gröpelingen. Paten wie Angehörige erfuhren einen Einblick in die Strukturen von Ausgrenzung, Entrechtung, Enteignung und Deportation von Juden wie Euthanasieopfern. Schwer begreifbar erscheint uns heute das Ausmaß der behördlichen Einschränkungen, die mit dem Verbot der Berufsausübung begann und zur Einweisung in gekennzeichnete Häuser als Vorstufe für die Deportation in die Vernichtung führte. Manchem gelang rechtzeitig Flucht oder Ausreise, um schließlich dann doch mit Krieg und Besetzung aus dem vermeintlich sicheren Zufluchtsort ins Vernichtungslager abtransportiert zu werden.



Blumen an den frisch verlegten Stolpersteinen für Familie Bamberger

Der Viehhändler Daniel Stoppelmann wurde Ende 1938 aus dem KZ Sachsenhausen entlassen, und ging mit Frau und Töchtern in die Niederlande. Der Deportation nach Auschwitz und ihrer Ermordung konnten weder Daniel und Clementine Stoppelmann, noch Gerda und Leon Moldauer entkommen. Adele Feist verlor durch die faschistischen Zwangsmaßnahmen ihr Modegeschäft und wurde wie ihre Schwester Ella am 23. Juli 1942 aus dem Jüdischen Altenheim in Gröpelingen ins KZ Theresien-

stadt deportiert, wo sie nach vier Monaten umkam. Familie Heidemann kam aus Osterholz-Scharmbeck und wurde im Haus Feld-

straße 27 ghettoisiert. Am 18. November 1941 wurden sie ebenso wie die Casparys ins Vernichtungslager Minsk deportiert. Bei Heidemanns wurde eine Zeitlang Aron Aronsohn aufgenommen, der stellvertretende dritte Vorsteher der Jüdischen Gemeinde. Über das Jüdische Altenheim in Gröpelingen wurde er ins KZ Theresienstadt deportiert, wo er bereits einen Monat später seinen Entbehren erlag. Bereits Ende Oktober 1938 wurden Juden ohne deutsche Staatsangehörigkeit in einer

großangelegten Aktion nach Polen ausgewiesen. Werner Sereth aus der Uhlendstraße wurde verhaftet und über die Grenze abgeschoben, dann verlor er seine Spur. Das gleiche Schicksal erfuhr auch Grete Rosenthal aus der Ritterhuder Straße. 1935/38 war sie Wirtschaftleiterin des Jüdischen Altenheims in Gröpelingen. Wenige Tage nach der so genannten Polenaktion wurde die Reichspogromnacht durchgeführt. Kurz zuvor hatte Herschl Grynspan in Paris den Botschaftsangehörigen vom Rath ermordet. Seine Eltern waren Opfer der so genannten Polenaktion.

Durchaus vergleichbar war das Schicksal von Christine Sauerbrey in der Karl-Bröger-Straße. Ihr Mann, der Dreher Johann Hermann Sauerbrey, wurde wegen seiner aktiven Teilnahme an der

Bremer Räterepublik steckbrieflich von der Polizei gesucht. Christine wurde verhaftet und wochenlang verhört, ohne Rücksicht auf die vier in der Wohnung zurückgebliebenen Töchter. Das hielten ihre Nerven nicht aus, die Ehe zerbrach, von der Bremer Nervenheilanstalt wurde sie nach Lemgo verlegt, als nicht heilbar zurück nach Bremen, von dort nach Lüneburg als Vorstufe zur "Euthanasie".

Wilhelm Henkel

“Geschichte und Gedenken”

Unter diesem Titel eröffnete der Verein "Dokumentations- und Geschichtslehrpfad Lagerstraße/U-Boot-Bunker Valentin" in der "Baracke 27" am 25. Oktober eine dokumentarische Fotoausstellung über die Geschichte des KZ Neuengamme und seine bremischer Außenlager. Anlass war der siebzigste Jahrestag der Errichtung des Außenlagers in Farge.

Nach einer kurzen Begrüßungsansprache durch den Vereinsvorsitzenden von Barges sprach als Hauptredner der Gedenkstättenleiter von Neuengamme, Detlef Garbe. Er erläuterte in seiner Rede, warum in der Nachkriegsdiskussion das KZ Neuengamme relativ unbesprochen blieb (bei der Befreiung war das Lager leer, die Briten fürchteten unliebsame Debatten über die Cap-Arcona-Katastrophe). Neuengamme galt lange Zeit als Musterbeispiel für Vergessen und Verdrängen. Nach vielen Querelen ist das gesamte Gelände heute Gedenkstätte.

Unser Kamerad Detlef Garbe erzählte kurz

die Geschichte des Konzentrationslagers vom Außenlager Sachsenhausens über das KZ mit angeschlossenen Rüstungsbetrieben und ab 1942 zum Hauptlager von 87 Außenlagern. Das Außenlager Farge hatte dabei die höchsten Todeszahlen. Die höchste Todesrate hatten aber die 1944 eingerichteten Lager am Friesenwall (von Ladelund bis Meppen).

Musikalisch begleitete Frau Sperling-Kettler die Eröffnungsveranstaltung mit Werken von Johann Sebastian Bach. Im Anschluss an die Veranstaltung gab es bei einem reichhaltigen Imbiss noch Zeit für Gespräche und die Ausstellung.

Die Ausstellung selbst kann ich nur sehr empfehlen. Sie behandelt eine beachtliche Themenbreite, angefangen von der Topographie des KZ und der Gedenkstätte, der Häftlingsstruktur, Leitung und Bewachung, den Häftlingen als Wirtschaftsfaktor, Beherrschung durch Gewalt und Hierarchisierung, Räumung der Lager, das Außenlager Farge, dem Gedenken an die Opfer

und eine - leider festinstallierte - Übersicht über die zehn Außenlager im Großraum Bremen. Die Texte sind zwar knapp gehalten, aber ich fühlte mich auch über die vielen Themen gut informiert, über die ich bis dahin nur unzureichende Kenntnisse hatte. Die gezeigten Fotografien - es handelt sich fast ausschließlich um Fotos aus jüngster Zeit - sind von sehr hoher technischer Qualität. Sie erzeugen häufig auch emotional bewegende Stimmungen und so schafft es die Ausstellung auch, die Einhaltung wissenschaftlicher Standards mit einer klaren Parteinahme für Häftlinge und Opfer während und nach dem NS-Regime zu verbinden.

Obwohl die Ausstellung nach der Terminvorgabe nur bis zum 02. November zugänglich gewesen ist, so gibt hoffentlich es auf Anfrage beim Geschichtslehrpfad (rdvonbarges@geschichtslehrpfad.de) auch in Zukunft die Möglichkeit die Ausstellung zu sehen.

Ulrich Stuwe

Zur Jahreswende

Liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Freunde, der Bremer Landesvorstand wünscht Euch einen besinnlichen und ruhigen Jahreswechsel. Der eine oder andere von Euch mag sich gewundert haben, dass der BAF in letzter Zeit nicht mehr so häufig erschienen ist. Angesichts gestiegener Postversandpreise und einer kleiner gewordenen Mitgliedschaft versuchen auch wir Kosten zu dämpfen. Daher haben wir uns entschlossen den BAF zweimonatlich herauszugeben, was ihn leider nicht aktueller macht. Wir wollen ihn zeitversetzt zur bundesweiten "antifa" herausgeben, Lücken füllen für unsere Mitglieder und Freunde. In diesem Jahr haben wir eine ganze Reihe von Gedenkveranstaltungen durchgeführt, zum Gedenken an die Verteidiger der Bremer Räterepublik, zur Bücherverbrennung, zu den in Bremen ermordeten KZ-Häft-

lingen, zu den Opfern von Faschismus und Krieg, zur Reichspogromnacht. Wir hatten zahlreiche Vorträge und Lesungen, antifaschistische Stadtrundgänge mit sehr unterschiedlichen Gruppen. Wir haben Stolpersteinverlegungen begleitet, eigene Recherchen durchgeführt, Informationsstände gemacht und kulturelle Begegnungen gehabt. Das wollen wir im neuen Jahr fortsetzen. Im Mittelpunkt steht für uns, den Zusammenhang von erstem und zweitem Weltkrieg herzustellen, die verantwortlichen Kräfte zu benennen und dass Widerstand möglich war. Mit unserem Jahresauftakt wollen wir unsere Landesmitgliederkonferenz am 25. Januar im Nachbarschaftshaus Ohlenhof ausklingen lassen. Wir wollen die Kontakte zu den Naturfreunden verstärken und laden daher zwischen dem 28. Januar und 06. Februar zu einer Lesovortragsreihe ins Naturfreundehaus Buchte

ein. Schwerpunkt bildet die Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus heute und den Verbindungen zu ihren Hintermännern und Gönnern im Verlaufe der Entwicklung der Bundesrepublik. Das wird am 08. Februar auch Thema der Reden auf dem Waller Friedhof und des anschließenden Kulturprogramms im Westend sein.

Verstärkt im Auge behalten sollten wir auch den Erhalt und die Stärkung unserer antifaschistischen Bildungs- und Begegnungsstätte Heideruh. Wenn jedes VVN-Mitglied dort einmal im Jahr übernachtet, könnten wir das schaffen. Gelegenheit dazu gibt es mit der Teilnahme an der Silvesterfeier, an der Nordkonferenz am 21./23. März, an der Mitgliederversammlung in Heideruh am 26. April und am Sommerfest am 26. Juli.

Der Landesvorstand

Kinder und Enkel stärker einbinden

Welche Kontakte zu KZ-Häftlings-Angehörigen der 2. und 3. Generation gibt es, wie gehen sie mit der NS-Vergangenheit um, wie können sie stärker in die Gedenkstättenarbeit eingebunden werden?

Diese Fragen waren Thema eines sehr informativen, für die weitere Arbeit anregenden Außenlagertreffens am 25. Oktober in der Gedenkstätte Neuengamme. Da wir immer weniger Zeitzeugen begegnen können, so Oliver von Wrochem in seiner Einleitung, setzt ein Generationswechsel in der Gedenkarbeit ein. Kinder und Enkel sind kein Ersatz für Zeitzeugen, haben aber eigene Erfahrungen mit der Generation der ehemaligen Häftlinge und dem Gedenken. In den großen Lagergemeinschaften sind sie eher in einer Stellvertreterrolle repräsentiert. Die Opfer, die nicht großen Opfergemeinschaften der politischen oder jüdischen Überlebenden angehören, sind oft durch Stigmatisierung zum Schweigen verurteilt. Ramona Ramsenthaler (Wöbbelin) erläuterte Veränderungen im Konzept der pädagogischen Vermittlung an eine Generation, für die das Geschehen Lichtjahre von den eigenen Erfahrungen entfernt scheint. Sie würdigte die Unterstützung Victor Malbecqs und Sergej Rytkows für ihre mühevollen Arbeit. Andreas Ehresmann (Sandbostel) verwies darauf, dass das Kriegsgefangenenlager erst im April 1945 für zwei Wochen Auffanglager für transportunfähige KZ-Häftlinge auf dem Todesmarsch wurde. Spurensuche führt Angehörige vor allem zur Suche nach einem Grab. Massengräber lassen aber oft nicht zu, an welcher Stelle des Friedhofs der Tote genau begraben ist. Die Fertigung von Tontafelchen mit Namen und Lebensdaten der Opfer ermöglicht Schülern eine intensive Auseinandersetzung mit Gefangenschaft und Todesursachen. Christel Trouvé (Farge) schilderte Zeitzeugengespräche und Kon-

takte vor allem mit Niederländern und Italienern. Dabei wurden auch die Jugendworkcamps und Monika Eichmanns Erfahrungen mit den belgischen Angehörigen gewürdigt. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit brachte uns Gesine Daifi über reichhaltiges Bildmaterial Veränderungen in der Konzeption der Gedenkstätte Langenhagen-Zwieberge im Harz seit 2008 nahe, Interviews, Videoaufzeichnungen von Begegnungen, Gedichte. Dem Beirat der Stiftung gehören auch Angehörige der 2.

Generation an. Elke Zacharias (Salzgitter-Drütte) hofft über Jugendbegegnungsprojekte die 2.-4. Opfergeneration zu einer langfristigen gemeinsamen Arbeit zusammenbringen zu können. Das ist auch das Ziel der Vorbereitungen auf das Gedenken 2015 in Neuengamme, mit einer nachhaltigen staatlichen Förderung der von den Angehörigengenerationen getragenen Begegnungs- und Erinnerungsarbeit.

Raimund Gaebelein

Widersinn des Kriegs

Als Antikriegsroman erlebte Bastian Müllers "Hinter Gottes Rücken" in den ersten Nachkriegsjahren vier Auflagen. Vom Stil her erinnert er an die "Schwarze Reihe" in der französischen Existentialistenszene. Wilhelm, die beherrschende Figur des Romans, versucht in Schweiß'scher Manier einer Beteiligung am Krieg zu entgehen. Er hasst nach eigenen Aussagen das Militär, kann sich nicht vorstellen, "eingekleidet, gedrillt, abgerichtet" zu werden. Fürs erste war er bei der Musterung für untauglich befunden. September 1939 beginnt der Krieg, gleich zu Beginn seiner Hochzeitsreise nach Ostpreußen. In Berlin holt er sie ein. Als Transportführer wird Wilhelm 1941 nach Antwerpen geschickt. Auf ironische Weise werden die Widersinnigkeit von Befehlen dargestellt und die Pannen in der Kriegsmaschinerie. Die Unmenschlichkeit des Besatzungsregimes wird durch groteske Übertreibungen der Schilderung deutlich. Wilhelm träumt während der Versorgungsfahrten quer durch Europa von einer heilen Welt ohne Krieg. Ausgiebig erlebt er Gespräche mit unterschiedlichsten Leuten in Lokalen. Er will den Krieg vergessen, an den er nicht glaubt. Anfang 1944 soll Wilhelm als Dramaturg bei den Dreharbeiten

zu Durchhaltefilmen mitwirken. Auf der Flucht vor den Bomben flüchtet Wilhelm aufs Land, wo er mithilfe von Zwangsarbeitern Unterkünfte wohnfertig macht. Die weitere Flucht führt ihn nach Thüringen, wo er für sich, seine Frau und weitere Flüchtlinge eine Mühle requiriert. Dort warten sie die Befreiung ab. Ihr weiterer Weg führt sie in den Westen. Für den Schwarzmarkt ist Wilhelm wahrlich nicht gemacht. Ausführlich beschäftigt er sich damit, das Leben nach dem Kriege wieder in Gang zu bringen. Die neuentworfenen Vorschriften, das Auftreten der Besatzungsbehörden in Ost und West, den Kleinkrieg um Lebensmittel und Baumaterialien nimmt Wilhelm in seiner gewohnt schicksals ergebenen Art. Wilhelm, die Hauptfigur des Romans, spiegelt die persönliche Erfahrungswelt des Verfassers wider und schildert zugleich, was er in der Zeit des Krieges nicht zu schreiben, nicht zu sagen wagte.

Bastian Müller, Hinter Gottes Rücken, Donat Verlag, Bremen 228 S., 14,80 EUR, ISBN 978-3-943425-12-3

Raimund Gaebelein

Antirassismus-Tag

Zum 75. Jahrestag der Pogromnacht veranstaltete die Schule Eggestedter Str. am 08. November einen Projekttag unter dem Titel "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage". Neben anderen vielfältigen Angeboten (Vorträgen, Workshops, Filmen, Stolpersteinführungen durch Wiltrud Ahlers usw.) wurde dank dem Engagement der Lehrerin und unserer Kameradin Monika Eichmann auch unsere Ausstellung "NEOFASCHISMUS IN DEUTSCHLAND" vom 08. bis 14. November gezeigt. Als Programm zur Ausstellung bot ich zwei Führungen für jeweils eine Projektgruppe an. Die Gesamtdauer der Projekte lag bei 90 Minuten. Die entsprechenden Listen füllten sich überraschend schnell mit den Namen von Schülerinnen und Schülern. Am Vortag bauten Moni, ihre Kinder Josie und Anton

mit mir die Ausstellung auf. Danach zierten zwei Reihen ziehharmonikaartig aufgestellter Schauwände mit unseren 26 Tafeln auf beiden Seiten den Vorraum der Aula. Am 08. November gab es zum Auftakt eine kurze Einführungsveranstaltung mit allen Schülerinnen und Schülern im Freien. Um 09:30 Uhr hatten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer meines ersten Projektes eingefunden. Nach einer etwa halbstündigen Führung durch alle vier Ausstellungsteile und einer fragebogenbegleitenden Selbsterkundung meiner Schützlinge, nutzten wir ca. noch eine weitere halbe Stunde, um über Neofaschismus, Ausgrenzung und NPD-Verbot zu diskutieren. Von 11:30 bis 13:00 Uhr wiederholte sich der Ablauf mit dem zweiten Workshop. Fast alle Schülerinnen und Schüler zeigten sich an der

Thematik sehr interessiert und stellten vielfach Fragen und diskutierten mit.

Da die Ausstellung erst am Donnerstag abgebaut werden musste, führte ich am Montag noch drei weitere Kurse durch die Ausstellung, aber wegen Zeitproblemen (sie hatten nur noch eine Schulstunde) ohne anschließende Diskussion. Bis zum Donnerstag gab es noch ca. ein Dutzend Kurse, die von ihrem Lehrpersonal durch die Ausstellung begleitet wurde.

Resümierend war ich sehr zufrieden mit der Veranstaltung. Auch das positive Echo auf die Ausstellung und unserer Begleitung legen nahe, dass sich nächstes Jahr eine Neuausleihe unserer dann neugestalteten Neofa-Ausstellung anbahnt.

Ulrich Stuwe

Experimentierfeld der Machteroberung

Eröffnung der Ausstellung über das frühe Konzentrationslager in Ahrensböök

"Ganz Deutschland war ein KZ". Unübersichtlich, gut lesbar steht der Text über einer Landkarte, die Deutschland in den Grenzen von 1933 zeigt. Wer weiter liest erfährt: "1933/34 gab es über 80 frühe Konzentrationslager (KZ) in Deutschland mit fast 30.000 ‚Schutzhäftlingen‘. Ab Oktober 1933 gehörte auch Ahrensböök für 8 Monate mit rund 100 KZ-Häftlingen zu diesen Orten". Die Landkarte wurde 1936 während der Olympischen Spiele in Berlin von französischen Teilnehmern verteilt. Großformatig hängt sie als erste Tafel einer Ausstellung, die den sperrigen aber informativen Titel "Das Konzentrationslager Eutin - Ahrensböök - Holstendorf mit den Außenlagern für ‚Schutzhäftlinge‘ in Bad Schwartau, Nüchel und Neukirchen" trägt (...). Die Ausstellung ist das Ergebnis intensiver und jahrelanger Forschungsarbeit des Historikers und Erziehungswissenschaftlers Jörg Wollenberg (Universität Bremen), ein geborener Ahrensbööcker. Er hat sie seinem Mitstreiter Lawrence D. Stokes gewidmet, mit dem Wollenberg den ersten Entwurf dieser Ausstellung erarbeitete. Stokes, der 2007 verstorbene kanadische Historiker, ist Autor des Werks "Eutin, eine Kleinstadt im Nationalsozialismus".

Wollenberg bezeichnet das frühe Konzentrationslager als "Experimentierfeld" der nationalsozialistischen Machteroberung. Verantwortlich war Johann Heinrich Böhmcker, Regierungspräsident des Landesteils Lübecks im Freistaat Oldenburg, zu dem Eutin, Ahrensböök und andere Teile des späteren Ostholsteins damals gehörten. Der SA-Führer ließ die etwa hundert Häftlinge des frühen KZs in Ahrensböök entgegen damals noch geltender Gesetze für ihre Haftkosten arbeiten, indem er sie im Straßenbau einsetzte - ein "erster verhängnisvoller Schritt auf dem Weg zur späteren Vernichtung durch Arbeit", so Wollenberg. Wie kaum anderswo lassen sich in der Ge-

denkstätte Ahrensböök Anfang (1933) und Ende (1945) der NS-Diktatur beispielhaft thematisieren. Die Gedenkstätte wurde im Mai 2001 mit der Dauerausstellung "Der Todesmarsch von Ausschwitz nach Holstein" eröffnet. Nun wird in den Räumen des ehemaligen Schlafsaals des frühen KZ der Teil der Geschichte des Hauses gezeigt, der Anlass war, im Direktionsgebäude einer ehemaligen Fabrik einen Ort des Gedenkens dauerhaft einzurichten. Wollenberg spricht von "überregionaler Bedeutung" der Gedenkstätte Ahrensböök, in der auch Zwangsarbeit und nationalsozialistisches Bildungssystem am Beispiel von Ahrensböök

exemplarisch dargestellt werden (...) Die Gedenkstätte liegt an der Flachsröste 16 im Ahrensbööcker Ortsteil Holstendorf (B 432), Telefon 04525 - 493 060, Email: gedenkstaetteahrensboek@t-online.de.

Eintritt und Teilnahme an Sonntagsgesprächen sind kostenfrei. Spenden sind willkommen. Die Gedenkstätte und ihre Dauerausstellungen können außerdem jeden Sonntag von 14:00 bis 18:00 Uhr besucht werden. Auf Wunsch führen Mitglieder des Trägervereins - auch zu anderen Terminen - durch das historische Gebäude.

Pressemitteilung Gedenkstätte

Sind wir wieder so weit?

Der Kampf gegen Bettelei durchzieht die Armenordnungen des 17. Jahrhunderts. In regelmäßigen Abständen werden Appelle gegen das Laster der Bettelei gefasst. Sie können nichts bewirken, da Ströme religiöser Flüchtlinge aus dem Münsterland, aus der Pfalz, aus Frankreich in Bremen Asyl suchen. Es sind Menschen, die durch die Wirren des 30-jährigen Krieges und nachfolgende Seuchen entwurzelt sind und alles verloren haben außer ihrem nackten Leben. Zur Unterdrückung der Bettelei werden Armenvögte bestellt, eine Art bewaffneter Hilfspolizei. Sie sollen für die öffentliche Ordnung auf Straßen und Plätzen und auch auf dem Kirchhof sorgen. Fremde verarmte Flüchtlinge dürfen nur dreimal wöchentlich unter Aufsicht um milde Gaben bitten. Wirten wird untersagt Bettler zu beherbergen. Die Bremer Armenordnung von 1658 kündigt nun auch schon Strafen für fortgesetzte Bettelei an. Städtische Arme, die weiterbetteln oder täglich Almosen nachsuchen, können eine Zeit lang von der Versorgung durch die Gemeinde ausgeschlossen oder ins 1606 gegründete Zucht- und Werkhaus eingewiesen werden. Es liegt vor dem Steffenstor auf dem Gelände des Focke-

parks. Fremde kranke Arme werden gesundheitlich versorgt und mit einem Taschengeld versehen der Stadt verwiesen. Nichtkranke Fremde können abends vor Torresschluss durch Oster-, Steffens- oder Brückentor eingelassen werden, um bei der zuständigen Gemeinde ein Taschengeld zu erhalten. Auch sie dürfen nicht in der Stadt bleiben. Lediglich Handwerksgehilfen wird eine gewisse Zeit für die Arbeitssuche zugewilligt. Fahrende Studenten werden vom Rektor der Lateinschule befragt. Die längste Aufenthaltsdauer für mittellose Fremde ist auf sechs Wochen festgelegt.

1698 schließlich wird das Betteln in Bremen überhaupt verboten, Zuwiderhandlungen mit Zwangsarbeit im Zuchthaus geahndet. Die Torwächter sind gehalten, alle offensichtlich nach Bettler aussehenden Personen nicht in die Stadt zu lassen. Falls sie im Zweifel sind, sind diese Leute zur Hauptwache in der Alt- oder Neustadt zu bringen. Statt zu betteln, so wird den Armen gesagt, sollen sie sich ihr Brot durch Arbeit verdienen.

Wilhelm Henkel

Termine Januar 2014

Die VVN-BdA Bremen e.V. führt gemeinsam mit der Naturfreundejugend Bremen vom 28. Januar bis 06. Februar 2014 vier Lesungen zum Gedenken an die Opfer von Faschismus und Krieg durch. Sie finden jeweils um 19:30 Uhr im Seminarraum der Buchte, Naturfreundehaus in der Buchtstraße 14/15 statt. Die Veranstaltungsreihe wird unterstützt von der Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen.

Lesung aus Andrea Röpkes "Blut und Ehre"

Am Dienstag, den 28. Januar 2014, liest Andrea Röpke aus ihrem neusten gemeinsam mit Andreas Speit verfassten Buch "BLUT UND EHRE. GESCHICHTE UND GEGENWART RECHTER GEWALT IN DEUTSCHLAND".

Seit Mai 2013 findet vor dem Oberlandesgericht München der Prozess gegen Beate Zschäpe, Mitglied des rechtsextremen NSU, und andere Verdächtige statt. Ihnen wird die Beteiligung an einer Serie rechtsextrem motivierter Morde an türkei- und griechischstämmigen Männern und an einer jungen Polizistin vorgeworfen. Insbesondere die Tatsache, dass die rechtsterroristische Zelle nur durch Zufall enttarnt wurde, wirft eine Reihe von Fragen auf, denen dieses Buch nachgeht:

Wie genau entwickelte sich das rechtsradikale Milieu seit Gründung der Bundesrepublik?

Wie groß ist die Zahl der Unterstützer und Sympathisanten rechter Gewalt?

Welche Schlüsse sind aus der Vielzahl peinlicher und bedrückender Versäumnisse und Ermittlungsspannen bei der Bekämpfung

und Aufdeckung rechtsextremer Straftaten zu ziehen?

Wie kann den Opfern Gerechtigkeit widerfahren?

Und nicht zuletzt: Was können und müssen Staat und Gesellschaft präventiv gegen rechtsextreme Gesinnungen unternehmen?

Lesung aus den Erinnerungen Willy Meyer-Buers

Am Donnerstag, den 30. Januar 2014, liest Heinrich Hannover aus den Erinnerungen Willi Meyer-Buers "der verlorene Kampf ... aber er war nicht vergebens".

Am 20. Mai 1963, gerade mal 18 Jahre nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus, verurteilte das Landgericht Bremen Willi zu acht Monaten Gefängnis mit fünfjähriger "Bewährung".

Das einzige "Vergehen": er hatte trotz KPD-Verbot als Einzelbewerber bei der Bundestagswahl 1961 kandidiert. Dieser erneute Prozess gegen ihn steht am Anfang seiner Lebenserinnerungen. Der Staatsanwalt des Landgerichts hielt dem Antifaschisten vor, "ein unbelehrbarer, fanatischer Anhänger der KPD" zu sein.

Drei Jahrzehnte vorher, 1934 hatte der Staatsanwalt des Nazi-Gerichts in Hamm dem von den Folterknechten der Gestapo geschundenen Häftling Willi Meyer-Buer in ähnlichen Worten vorgeworfen, er sei ein "unverbesserlicher Kommunist" vor dem die Volksgemeinschaft unbedingt geschützt werden müsse.

"Der Bremer Antifaschist", kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint zweimonatlich.

Wir sind Am Speicher XI Nr. 9, 28217 Bremen, erreichbar.

Beim BLG-Forum - nicht im Speicher XI

Tel.: 0421/38 29 14

Fax: 0421/38 29 18

Montag: 15:00 - 17:00 Uhr

Donnerstag: 15:00 - 17:00 Uhr

E-Mail: bremen@vvn-bda.de

Internet: www.bremen.vvn-bda.de

Internet: www.kueste.vvn-bda.de

In den Schulferien finden Bürostunden nur auf Anfrage statt (siehe Stadtrundgänge).

Für die Unterstützung unserer Arbeit:

Die Sparkasse in Bremen

BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913

BIC: SBRE DE 22

IBAN: DE06 29050101 000 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (0421-382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelein (0421-6163215 oder 0176/49865184) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich am zweiten Donnerstag des Monats um 15:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag des Monats um 18:00 Uhr.

Die Sitzungen sind natürlich mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Wir trauern

mit Betroffenheit haben wir vom Tod unseres langjährigen Kameraden Franz Dehnhardt am 04. Oktober gelesen. Bis zu der Zeit, da er ins Heim gehen musste, haben wir ihn als interessierten und aktiven Kameraden unserer Vereinigung erlebt und geschätzt. Wir hoffen sehr, dass er zum Schluss nicht noch hatte leiden müssen. Was bleibt sind die Erinnerungen und auch Fotos gemeinsamer Veranstaltungen und Ausflüge.

Mit großer Betroffenheit vernahmen wir auch, dass unser langjähriger früherer Kamerad und Mitstreiter Hans Gehrke nach längerer Krankheit am 14. Oktober verstorben ist. Über die Jahre hatte er uns aktiv mit Rat und Tat bei Infoständen und Veranstaltungen unterstützt. Er wird uns fehlen.

Der Landesvorstand

www.vvn-bda.de

Mich interessieren folgende Themen:

- Einwanderer und Flüchtlinge
- Rassismus
- Neofaschismus
- Frieden/Antimilitarismus
- Erinnerungsarbeit
- Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.
- Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Bremen, den _____